

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

8.12.1922 (No. 287)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Festschließung
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. e. n. d.
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Dezember 550 A — Einzelnummer 20 A — Anzeigengebühr: 18 A für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Überzahlungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenabgabe gilt und verrechnet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anläßliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontoverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Das „Sonderregime“ am Rhein.

Von Universitätsprofessor Dr. Paul Noltenhauer, M. d. R.

Folgende interessante Ausführungen über das französische Ziel der Schaffung eines Basalkontinents am Rhein, entnehmen wir dem neuesten Heft Nr. 47 der Scheidewinischen Wochenchrift „Rheinischer Beobachter“. Es heißt dort:

Der frühere franz. Wiederaufbauminiſter Loucheur, der seiner Zeit das Wiesbadener Abkommen mit Mathenau abschloß, hat in seiner Kammerrede am 7. November 1922 die Lösung des Reparationsproblems in der Möglichkeit einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich erblickt. Er hat die Alternative gestellt, ob man die Bezahlung oder die Sicherheit Frankreichs in erster Linie anstreben wolle. Mit einer Offenheit, die man nicht immer bei den französischen Politikern gefunden hat, hat er erklärt, daß die französische Politik in erster Linie die Sicherheit Frankreichs als Ziel verfolge, und dann gegenüber Zwischenrufen, er vertrete den Annexionsismus, diesen Vorwurf mit den Worten abgelehnt: „Ich denke mir die Lösung der Frage durch die Einführung eines Sonderregimes am Rhein.“ Er hat damit die Gedanken aufgenommen, die der Vorsitzende des Finanzausschusses der französischen Kammer Dariae in seinem Bericht über das besetzte Gebiet, der letzten durch die Zeitungen veröffentlicht worden ist, bereits ausgesprochen hat, daß nämlich Frankreich die Zollgrenze an den Rhein legen müsse, daß im Anschluß daran die Steuerverwaltung und die Wahrung im Rheinland selbständig gestaltet werden müssen; das Endergebnis werde ein freies Rheinland unter französischer und begrenzter militärischer Bewachung sein. Dabei wird also vorausgesetzt, daß England sein Desinteressement an der rheinischen Frage erklärt und seine Besetzung zurückzieht. Koinzidenz hat unmittelbar nach Loucheur wieder einmal gesagt, daß Frankreich die Befragung erst zurückziehen werde, wenn der Vertrag von Versailles erfüllt sei, und daß die Befragungsbauer überhaupt noch nicht zu laufen begonnen habe. Beide Behauptungen stehen in hartem Widerspruch zu den Bestimmungen des Diktates von Versailles, das ausdrücklich die Fristen für die Dauer der Besetzung nicht davon abhängig macht, daß sie dahin, z. B. 10. Januar 1925, alle Bestimmungen des Diktates erfüllt sind. Aber so wenig sich Napoleon I. um die fürstlichen Bestimmungen des Vertrages von Tilsit gekümmert hat, so wenig wird sich der Mann, der sich offenbar den großen Sorgen zum Vorbild genommen hat, an die Bestimmungen von Versailles halten, wenn er glaubt, daß das Interesse Frankreichs etwas anderes verlangt.

Wir müssen demnach damit rechnen, daß in diesen Wochen, in denen die Reparationsfrage in der französischen Kammer eintritt, der Gedanke aufs neue auftaucht, durch die Schaffung eines autonomen Rheinlands die Vorbedingungen für die dauernde Befreiung des linken Rheinufers durch Frankreich zu schaffen. Gerüchte wollen wissen, daß das neue englische Kabinett sich mit diesen Plänen bereits einverstanden erklärt hätte. Man wird wieder versuchen, diese Pläne als vollkommen harmlos hinzustellen, man wird betonen, daß die Rheinlande selbstverständlich im Rahmen des Deutschen Reiches bleiben, daß niemand den Rheinländern ihre Nationalität nehmen werde. Nur die Sicherheit Frankreichs verlange eine Trennung dieses Gebietes von Preußen, für die Pfalz und Rheinhessen von Bayern und dem Freistaat Hessen. Wer aber einmal versucht, diese Frage durchzudenken, der sieht die Haltlosigkeit derartiger Behauptungen sofort ein. Die Macht der Länder ist gesunken. Heer und Flotte und Eisenbahn unterstehen jetzt allein dem Reich. Die Wirtschaftspolitik wird vom Reich geleitet. Die Finanzpolitik ist auch an das Reich übergegangen, nur ein trauriger Rest den Ländern geblieben. Wenn also Frankreich immer betont, daß seine Sicherheit besondere Vorkehrungen am Rhein verlange, so kann es diese Sicherung nur gegenüber dem Reich selbst verlangen. Sieht man die französische Presse genauer durch, so wird man erstaunt sein, wie die Worte Preußen und Reich immer einander abwechseln. Der Franzose, dem man eine gewisse Zeit vorzureden suchte, wie die Worte Preußen und Reich immer einander abwechseln. Der Franzose, dem man eine gewisse Zeit vorzureden suchte, wie handelte sich nur um die Befreiung der Rheinlande von dem preußischen Joch, hat längst erkannt, daß unter dieser Maske die Abtrennung vom Reich verlangt wird. Er fällt deshalb auch alle Augenblicke aus der Wolke.

Wenn also die Schaffung des Sonderregimes am Rhein, wie es Loucheur verlangt, in Wirklichkeit nur dazu führt, ein sogenanntes freies Rheinland unter französischer Bewachung im Sinne Dariae zu schaffen, das heißt, in Wirklichkeit einen französischen Basalkontinent, dann ist es höchste Zeit diesen Plänen von vornherein mit aller Schärfe entgegenzutreten. Außenminister Dr. Mathenau hatte in Beantwortung einer Interpellation unmittelbar vor seinem Tode im Reichstag zwar erklärt, daß der Reichsregierung von derartigen Bestrebungen nichts bekannt sei, die Reichsregierung aber unter allen Umständen sich solchen Plänen widersetzen werde. Wie berechtigt bereits die damalige Befragung war, zeigt der neuere Gang der Entwicklung. Angesichts dieser Debatte in der französischen Kammer ist es die Pflicht der Reichsregierung, den Mitgliedern der Reparationskommission und insbesondere der französischen Regierung unambiguos zu erklären, daß auf der von Herrn Loucheur vorgeschlagenen Grundlage unter keinen Umständen eine Einigung in der Reparationsfrage zu erreichen sei. Keinem Volk würde eine solche Lösung schließlich Vorteil bringen. Die vom Reich abgetrennten Rheinlande würden einem ähnlichen Schicksal anheimfallen, wie heute das unglückliche Saargebiet. Die rheinische Bevölkerung würde sich auf das allerbestmögliche den Versuchen, sie zu französischen Vasallen herabzubringen, widersetzen, und Frankreich würde wenig Freude an diesem neuen Zuwachs seines Gebietes haben. Auch die Erfüllung, aus diesen Gebietsanteilen die Reparationskosten zu erhalten, muß Frankreich fahren lassen. Denn ein vom Deutschen Reich losgelöstes Rheinland würde wirtschaftlich verbluten. Seine Hauptbeziehungen zum Deutschen Reich wären zerhackt, während dem Verfall, nun etwa in Frankreich ein neues Absatzgebiet zu finden, schon die französische Indu-

strie mit aller Schärfe entgegenzutreten würde. Der rheinische Weinbau stände vor dem Ruin. Welche schweren politischen und wirtschaftlichen Schäden auf der andern Seite das Deutsche Reich erleiden würde, braucht an dieser Stelle nicht näher auseinanderzusetzen zu werden. Eine Lösung der Rheinlande von der Pfalz bis Emmerich und sogar des Ruhrgebietes von Deutschland würde nach all den vielen Verklümmelungen, die Deutschland schon erfahren hat, auch politisch das Ende des Reiches bedeuten. Neue und schwere Kämpfe würden herausgebrochen werden, die schließlich nicht auf Deutschland beschränkt werden könnten.

Die deutsche Kohlenproduktion

Von Karl Renne, Oberhausen (Mhd.)

KK. Steinkohlen sind in Preußen ohne Saargebiet im Sept. 22 9 772 096 Tonnen gegen 11 209 500 Tonnen im September 1921 ohne Saargebiet, jedoch einschließlich Polnisch-Oberschlesiens gefördert worden. Die Steinkohlenförderung im Reich ohne Saargebiet betrug im September 1922 10 157 087 Tonnen gegen 11 603 665 Tonnen im Vorjahr. Hier von gehen aber 2 000 000 Tonnen der Förderung in dem jetzigen polnisch-oberschlesischen Gebiet ab, so daß zum Vergleich mit der diesjährigen Septemberförderung 9 600 000 Tonnen gegenüberstehen. Es ist somit gegenüber dem Vorjahr eine kleine Verringerung zu verzeichnen. Wie groß jedoch noch immer der Abstand zur Friedenszeit ist, ergibt sich aus der Förderungsziffer im Jahre 1913 im Deutschen Reich ohne Elsaß-Lothringen und Saargebiet, die 14 867 000 Tonnen betrug, und die im Deutschen Reich überhaupt für September 1913 16 355 000 Tonnen ausmachte.

Braunkohlen sind in Preußen im September 8 664 000 Tonnen gefördert worden gegen 8 611 000 Tonnen im Vorjahr ohne Saargebiet, jedoch einschließlich Polnisch-Oberschlesiens. Die Reichsförderung für September 1922 betrug 11 823 000 Tonnen gegen 10 358 000 Tonnen im Vergleichsmonat des Vorjahres und gegen 7 473 000 Tonnen für den Frieden. Absolut sowohl wie relativ betrachtet, ist also weiter eine Zunahme zu verzeichnen.

Die Steinkohlenförderung in dem ersten Dreivierteljahr 1922 betrug 85 722 000 Tonnen in Preußen ohne Saargebiet gegen 97 024 000 Tonnen im Vorjahr ohne Saargebiet, aber unter Einfluß von Polnisch-Oberschlesien. Im Deutschen Reich beläuft sich die Dreivierteljahresförderung auf 99 071 000 Tonnen gegen 100 601 000 Tonnen in der Vergleichszeit des Vorjahres. Davon entfallen aber 15 894 000 Tonnen auf Polnisch-Oberschlesien, so daß zum Vergleich 99 000 000 Tonnen und rund 86 000 000 Tonnen des Vorjahres gegenüberstehen. Der große Rückstand gegenüber der Friedensförderung zeigt sich auch hier aus den Zahlen für 1913, wo die Förderung im Deutschen Reich ohne Elsaß-Lothringen und Saargebiet in dem ersten dreiviertel Jahr 130 177 000 Tonnen und im Deutschen Reich überhaupt in dem ersten dreiviertel Jahr 1913 143 874 000 Tonnen betrug.

Die Braunkohlenförderung beläuft sich für die Zeit von Januar bis einschl. September 1922 in Preußen auf 82 977 000 Tonnen gegenüber 74 793 000 Tonnen im Vorjahr ohne Saargebiet, jedoch unter Einfluß von Polnisch-Oberschlesien. Die Reichsförderung beträgt 101 303 000 Tonnen gegen rund 91 000 000 Tonnen im Vorjahr und gegen rund 64 000 000 Tonnen im Frieden. Auch aus diesen Ziffern ergibt sich die absolute und relative starke Steigerung der Braunkohlenförderung. So erfreulich diese Tatsache an sich ist, so muß doch immer berücksichtigt werden, daß die Braunkohle als Ersatz der Steinkohle nur in beschränktem Umfang in Betracht kommt. Die Verringerung der Steinkohlenförderung ist auf das Verfahren der Über- und Nebenleistungen zurückzuführen, womit die Bergarbeiter sich des Dankes der Allgemeinheit verbüßt gemacht hat. Die Abwanderung in andere Berufe hat auch aufgehört, im Gegenteil ist wieder eine geringe Zuwanderung zu verzeichnen. Die Steinkohlenförderung genügt aber noch immer nicht den Anforderungen der heimischen Wirtschaft und den vergrößerten Reparationsaufträgen. Noch immer werden in großem Maße ausländische Kohlen eingeführt, deren Kosten viel besser für die Einfuhr von Lebensmitteln verwendet werden könnten. Kein Mittel zur Hebung der Steinkohlenproduktion darf unberücksichtigt bleiben. Mit Recht soll daher die Zahlung besonderer Prämien für gesteigerte Förderung in Anwendung kommen. Hebung der Produktion auf allen Gebieten, vor allem in der Landwirtschaft und im Bergbau tut uns dringend not. Jede Tonne Mehrförderung an Steinkohlen bedeutet im wahren Sinne mehr Brot, das vor dem Verhungern schützt.

Politische Neuigkeiten.

Dr. Hermes über die Finanzlage.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat im Haushaltsauschuß des Reichstags einen Überblick über die finanzielle Lage des Reichs gegeben. Für die Reichsverwaltung müssen 343 Milliarden nachgefordert werden gegenüber 99 Milliarden, die angelegt waren. Die Geldentwertung mache eben jeden Vorschlag illusorisch. Die Preise machen die sprunghafte Steigerung der fremden Zahlungsmittel mit und sind zum Teil, wie z. B. beim Stabeisen, nicht mehr weit von der Weltmarktparität entfernt, ja übertrafen sie vielleicht zum Teil schon. Die Beförderung der Bevölkerung und die Wettbewerbsfähigkeit der für das Ausland arbeitenden Industrie wird immer schwieriger, und die Kapitalbedürfnisse schwellen in höchst bedenklicher Weise an. Der Minister protestierte nochmals gegen die Behauptung, daß Deutschland selbst durch absichtliche Papiergeldübermehrung Schuld an dieser Verarmung, trage. Deutschlands Klutiere sei auf den Krieg und seine Folgen

und auf die ungeheuren Anforderungen des Friedensvertrages zurückzuführen.

Für die allgemeine Reichsverwaltung mußten im ordentlichen Haushalt für 1922 an fortdauernden und einmaligen Ausgaben von rund 343 Milliarden nachgefordert werden, wodurch das Gesamterfordernis hier für auf 442 Milliarden stieg. Die genannten Zahlen zeigen zur Genüge, wohin uns die Geldentwertung treibt. Wenn noch immer Stimmen laut werden, daß Deutschland, an der Verarmung selbst Schuld trage, weil es die Papiergeldübermehrung ins Unendliche gesteigert habe, so sei das eine Behauptung, die schon so oft durch einwandfreie Gründe widerlegt worden sei, die durch ihre immer wiederkehrende Wiederholung nicht wahrer werde. Es gebe für die Privat- und Staatswirtschaft keine schwerere Last als die Geldentwertung und in Wahrheit habe niemand im Lande ein Interesse daran. Das Ausland lasse sich jedoch durch die hohen Zahlen blenden, die unsere Mittengesellschaften im allgemeinen aufweisen, aber es vergesse, daß die hohen Zahlen, um sie richtig zu würdigen, durch den Entwertungsfaktor des Geldes dividiert werden müßten. Der Mittelstand sei heute überhaupt nur noch dadurch lebensfähig, daß er sich der Güter entledige, oder sie aufbrauche. Was für den einzelnen und für einzelne Teile der Volkswirtschaft gelte, das gelte auch für die Gesamtheit. Wir könnten nicht soviel Werte produzieren, um ohne Rückgriff auf die Substanz unsere Verpflichtungen zu erfüllen. Für die Aufwendungen für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung, Bekleidung usw. sei die Verteuerung der Lebenshaltung auf das 44fache der Vorkriegszeit gestiegen, der klare Beweis, wie sehr die Verteuerung unter der Geldentwertung, der keine entsprechenden Einnahmen gegenübersteht, leide. Die fortschreitende Geldentwertung habe das Staatsbild fortgesetzt verschlechtert. In den Hauptetat für 1922 konnten die Einnahmen mit rund 116½ Milliarden Mark eingestellt werden, die Ausgaben waren mit rund 99 Milliarden vorgesehen. Von den Einnahmen sollten auf Steuern und Abgaben 108 Milliarden entfallen, tatsächlich sind bereits die ersten drei Monate 48 Milliarden ausgegeben worden. Der Haushalt ist bei einem Dollarkurs von 300 M. aufgestellt worden, und es ergebe sich schon jetzt, daß bei einem solchen Dollarkurs das deutsche Budget nicht im Gleichgewicht erhalten werden könne, da die Ausgaben erheblich gewachsen seien. Von den noch zu erwartenden Einnahmen in Höhe von 201 Milliarden Mark werden 45 Milliarden für die Reparationen abgezogen werden. Aus der Zwangsanleihe hätte man 45 Milliarden erwartet. Im ganzen hätten die Einnahmen bei einem Dollarkurs von 300 den Gegenwert von 1 Milliarde Goldmark für die Reparationen ergeben. Über alle Erwartungen sind durch die Entwicklung des Marktkurses vernichtet worden. Für Reparationsbarzahlungen müßten 298 Milliarden Papiermark in den Etat gestellt werden, so daß zusätzlich des für Sachleistungen erforderlichen Betrages 404 Milliarden eingeseht werden müßten. Das bedeutet 350 bis 360 Milliarden mehr als im Londoner Ultimatum festgesetzt worden sei. Insgesamt müßten in den Haushalt zur Ausführung des Friedensvertrages 613½ Milliarden in den Hauptetat eingeseht werden, darunter allein für die Besatzungslosten 45 Milliarden Mark. Das Ordinarium der allgemeinen Reichsverwaltung weise keinen Überschuß mehr auf. Immerhin sei es noch gelungen, das Gleichgewicht herzustellen. Wer die Einnahmen seien um 23 Milliarden höher angelegt als im Hauptetat, die Ausgaben um 343 Milliarden Mark.

Alle Wünsche, die etwa dahin gehen, hier oder dort neue Ausgaben zu schaffen, müssen soweit irgendmöglich zurückgestellt werden. Noch nicht völlig zum Ausdruck kommen im Nachtragsetat die finanziellen Forderungen, die aus der Neuregelung der Verhältnisse des Reiches zu den Ländern und Gemeinden, wie sie die Novelle zum Landessteuergesetz vorsieht, zu ziehen sind. Die Notlage der Gemeinden erfordert eine möglichst schnelle Abhilfe. Dr. Hermes titelt deshalb das Haus, den Entwurf der Novelle zum Landessteuergesetz mit größter Beschleunigung zu verabschieden. Die schwebende Schuld habe sich außerordentlich erhöht. Sie beläuft sich nach dem Stande vom 2. September 1922 auf 880,9 Milliarden Mark. Für die ersten 10 Monate des laufenden Jahres ist das Passivum der gesamten Bilanz auf 1¼ Milliarden Goldmark berechnet worden. Gewiß ist es richtig, daß wir seit dem August keine direkten Reparationszahlungen mehr geleistet haben, aber es muß hierbei mit allem Nachdruck betont werden, daß von einer wirklichen Akkompanie keine Rede sein könne. Geblieben ist die völlige Unsicherheit über die kommenden Lagen. Wünschenswert ist für eine Besserung die Regelung der Reparationsfrage, die es ermöglicht, die Leistungen aus den Überschüssen der Volkswirtschaft zu bewirken. In erster Linie wird es Deutschlands Sache sein, alles zu tun, was zu einer Stabilisierung der Mark führen kann. Weiter ist es notwendig, bei allen öffentlichen Ausgaben größte Sparlichkeit walten zu lassen. Wir können aber nicht ohne eine Hilfe des Auslandes zu einem erträglichen Ziel kommen. Diese Hilfe muß immer darin bestehen, das verloren gegangene Vertrauen auf eine Besserung der Verhältnisse wieder herzustellen. Je schneller die Hilfe einsetzt, desto mehr wird die Mark sich im Werte bessern, desto sicherer und nachhaltiger wird die Besserung sein. Bei jeder eingehenden und sachlichen Prüfung der gegenwärtigen Lage Deutschlands ergibt sich, daß die Besserung unserer Währung allein das grundlegende Problem ist. Die Reichsregierung ist entschlossen, alle Kräfte des Landes einzusetzen, um die erforderliche Mitwirkung Deutschlands bei der Lösung dieses Problems zu sichern. Das Volk in seiner Gesamtheit und in allen seinen Schichten muß sich darüber klar sein, daß es, um seine Zukunft zu retten, selbst das Letzte tun muß für eine baldige endgültige Regelung des Reparationsproblems. Nur eine solche könne zu einer dauernden Gesundung Europas führen.

Zur Rede des Finanzministers.

Die Rede des Finanzministers Dr. Hermes gewinnt, wie Georg Bernhart in der „Vossischen Zeitung“ schreibt, dadurch an Bedeutung, daß die aktive Reparationspolitik der Regierung zum ersten Male amtlich bekanntgegeben wird. Damit habe sie den Beweis angetreten, daß sie tatsächlich die Politik der Wirtschaft vom 13. November fortzusetzen beabsichtigt. Für besonders erfreulich hält Bernhart ihre Bereitwilligkeit, an einer Zwischenlösung mitzuarbeiten. Bisher hätten gewisse Stellen in Deutschland solchen Zwischenregelungen immer Widerstände entgegengeleitet.

Nachdem das jetzige Kabinett den Versuch, seine stärkere Stellung nach rechts dazu zu benutzen, diese Widerstände zu beseitigen, so wäre das gewiß erfreulich. Der Kampf gegen diese Widerstände werde für das Kabinett Gans auch die Probe auf seine Existenzfähigkeit sein. Unabhängig von der Reparationsregelung komme es nun aber auch darauf an, den deutschen Export zur Mithilfe am Wiederaufbau zu gewinnen. Ohne neue Kapitalansammlung könne auch keine Mehrarbeit auf die Dauer Gewinn bringen.

Deutscher Reichstag.

In der gestrigen Reichstags-Sitzung wurden zunächst debattiert angenommen die Novellen zum Lichtspielgesetz, welche Läden im Filmprüfverfahren ausfüllt, und die Novellen zum Postgesetz, welche die Ersparnisse für verloren gegangene Postsendungen der Selbstentwertung anpaßt.

Beim Nachtragsset des Reichspostministeriums erhob Abg. Bary (Komm.) schwere Vorwürfe gegen den neuen Postminister, der nicht die geringste Gewähr für eine Abkehr von dem alten reaktionären Geist der Postverwaltung biete, und verlangte Verbesserungen für das Postpersonal, sowie Beseitigung der technischen Mängel.

Der Etat wurde ohne weitere Debatte bewilligt.

Beim Nachtragsset für das Reichsfinanzministerium erhob Abg. Erling (Zentr.) Beschwerde darüber, daß bei diesem Haushalt im Gegensatz zu anderen Ministerien keine Streichungen an Beamtenstellen hätten vorgenommen werden können, weil durch die Ansprüche der Besatzungstruppen der Reichsvermögensverwaltung eine solche Kürze der Arbeit erzwänge, daß die vorhandenen Beamten nicht mehr ausreichten. Nebenher schilderte die übertriebenen Ansprüche der Besatzungstruppen auf Möbel, Kleider, Damenreißbrieftaschen, Bäder, Wein, Sekt, und Likör, während das deutsche Volk nicht einmal für seine Kranken und Kinder genügend sorgen könne. Man müsse an die ganze Welt appellieren, daß diesem Wahnsinn endlich ein Ende gemacht werde.

Auch dieser Etat wurde sodann bewilligt.

Nächste Sitzung: Montag, den 11. Dezember, nachmittags 8 Uhr.

Die Beratung der Ministerpräsidenten.

Die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Ministerpräsidenten der deutschen Länder hat wichtige außenpolitische Ergebnisse gehabt. Das offizielle Kommuniqué, das über diese Besprechungen ausgegeben wird, erwähnt zwar nur, daß über die Frage der Ernährung Deutschlands und über die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion beraten wurde und daß in außenpolitischer Beziehung volles Einverständnis zwischen sämtlichen Regierungen darüber bestand, daß die Note an die Reparationskommission vom 13. November die Grundlage für die deutsche Politik bilden sollte.

Wie wir erfahren, ist jedoch darüber hinaus die Grundlage zu einer aktiven Politik der Reichsregierung in der Reparationsfrage geschaffen und in den Besprechungen der Ministerpräsidenten einstimmig gebilligt worden. Die Vorbereitungen der Reichsregierung für die neuen Vorschläge zur Reparationsfrage sollen noch vor dem Zusammentritt der Londoner Konferenz des Obersten Rates erfolgen. Sie wurden bisher nicht einmal in Vollzügen des Reichskabinetts besprochen, sondern nur im engeren Kabinett, bestehend aus dem Reichskanzler, dem Minister des Auswärtigen, dem Finanzminister und dem Wirtschaftsminister. In den letzten Tagen haben allerdings noch Konferenzen dieser Minister mit führenden Persönlichkeiten der deutschen Industrie stattgefunden. Diese sämtlichen Besprechungen sind noch im Fluß und der neue Reparationsplan hat noch nicht seine abschließende Form gefunden. Zuverlässig verlautet nur darüber, daß er die Begrenzung und Aufhebung der deutschen Verpflichtungen zum Ziele hat. Daneben soll aber eine große finanzielle Transaktion vorgeschlagen werden, um die Zahlungen an die Gläubiger Deutschlands und besonders an Frankreich bewirken zu können. Bei dieser Transaktion würde es sich um die schon in früheren Verhandlungen mit der Reparationskommission herüber Anleihe der internationalen Finanz in Höhe von 20 Millionen Goldmark handeln, deren Ertrag zum Teil den Zahlungen an Frankreich zugute kommen soll, während ein anderer Teil für die Stabilisierung der Mark verwendet werden soll. Der Zinsdienst dieser Anleihe soll von der deutschen Industrie übernommen und garantiert werden. Es ist möglich, daß zur Vorbereitung dieser neuen Vorschläge der Reichsfinanzminister Dr. Hermes in den nächsten Tagen nach Paris reisen wird. Den politischen Parteien wird voraussichtlich der Reichskanzler in der nächsten Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten Mitteilungen über den neuen Reparationsplan machen.

Die Subventionierung von Passau und Ingolstadt.

Der bayerische Ministerpräsident von Anlling ist nach München zurückgekehrt, wird aber wieder nach Berlin kommen, um mit dem Reichskanzler die Besprechung über die Beantwortung der Note der Völkervereinigung bezüglich der Subventionierung für die beledigten Ententeoffiziere in Passau und Ingolstadt fortzusetzen. Die bayerische Regierung sieht sich großen Schwierigkeiten gegenüber, die einerseits in der verlangten persönlichen Entschädigung des Ministerpräsidenten, andererseits in der Aufbringung der Kontribution von je 1/2 Million Goldmark durch die beiden Städte bestehen. Es ist der Gedanke aufgetaucht, daß die beiden Städte die Selbstförderung dadurch nachkommen, daß sie eine Anleihe über diesen Betrag aufnehmen. Die bayerische Regierung möchte aber nicht die Garantie für die Anleihe an Passau und Ingolstadt übernehmen, da sie bei dem stark national gesinnten bayerischen Landtag nicht die parlamentarische Zustimmung dafür erwartet. Jedenfalls wird der bayerische Ministerpräsident von Anlling heute mit den übrigen Kabinettsmitgliedern und den Führern des Landtags darüber Rücksprache nehmen. Auf der anderen Seite hat die Reichsregierung sich wohl bereit erklärt, ihrerseits die Garantie für die Anleihe der bayerischen Städte zu übernehmen. Nach in Berlin vorliegenden Informationen dürfte dieser Gedanke aber auf Schwierigkeiten bei der Völkervereinigung stoßen, die eine Garantie des Reichs ablehnen würde.

Die englischen Handelskammern und das Reparationsproblem.

Der Exekutivrat des Verbandes englischer Handelskammern hat sich in London mit der Reparationsfrage und ihren sämt-

lichen Gesichtspunkten befaßt und dann eine Entschlieung angenommen, die dem Premierminister vorgelegt werden soll. In dieser Entschlieung kommt zum Ausdruck, daß es dringend notwendig ist, Deutschland ein Moratorium für eine bestimmte Zahl von Jahren zu gewähren. Es sei ferner unbedingt notwendig, daß für die Reparationen eine Summe festgelegt werde, deren sich Deutschland in einer vernünftigen Zahl von Jahren entledigen könne, ohne den Handel der Welt zu schädigen. Wenn ein Druck auf Deutschland ausgeübt werden müsse, um es dazu zu zwingen, die Reparationen zu zahlen, dann müßten die Alliierten sich über die Formen, die dieser Druck annehme, verständigen.

Ferner wird in der Entschlieung zum Ausdruck gebracht, daß es notwendig ist, daß Deutschland unterzüglich eine internationale Anleihe aufnehmen kann mit Garantien für die Zinszahlung und Amortisation und daß diese in Gold zahlbaren Abgaben dazu dienen müßten, Kapital und Zinsen der Anleihe zu bezahlen. Um dieses Ergebnis zu erreichen, müßten die Alliierten die Sezelle und die übrigen Hölle unter eine internationale Kontrolle stellen. Die Handelskammern wenden sich gegen den Gedanken, daß die englische Regierung die Verantwortung für den Anleihebienst übernehmen soll, verlangen jedoch, daß die militärische Befragung aufgeschoben werde, soweit die Sicherheit es gestatte.

Die Holzforderungen der Alliierten.

Für 1922 waren, wie den Blättern mitgeteilt wird, von den Alliierten angefordert worden: für Frankreich 200 000 Telegraphenstangen, für Belgien 1 700 000 Stück Hartholzschnellen, 41 700 Telegraphenstangen, 6000 Kubikmeter Schnittholz, 140 000 Festmeter Rundholz, für Italien 242 000 Festmeter Schnittholz, 16 000 Festmeter Rundholz, 150 000 Telegraphenstangen, 1 Million Eichenstämme, für England 3 700 000 Kubikmeter Schnittholz, 1 Million Kiefernstämme, 60 000 Telegraphenstangen.

Deutschland war bereit zu liefern: an Belgien 840 000 Hartholzschnellen, 210 000 Kiefernstämme, die verlangten Telegraphenstangen, die verlangten Rundhölzer und das Schnittholz, an England eine große Lieferung von 10 000 Kubikmeter Schnittholz und 70 000 Schnellen, an Frankreich die geforderten Telegraphenstangen, an Italien sämtliche verlangten Holzarten. Dabei wurde betont, daß wir mit Rücksicht auf die verpätete Lieferung nicht in der Lage sein würden, die geforderten Holzarten zurzeit zu liefern. Es würden dem unferem Angebot rund 50 Prozent geliefert. Von Berlin aus wird jetzt in Paris versucht, den Lieferungsstermin vom 31. Dezember auf den 31. März 1923 zu verlegen. Man hofft, bis dahin den größten Teil des deutschen Angebots durchzuführen zu können.

Aber die Preise ist eine endgültige Einigung noch nicht erzielt. Es wird angestrebt, daß unsere Lieferungen auf Reparationskonten gutgeschrieben werden. Für 1923 hat die Reparationskommission angefordert: 6,5 Millionen Festmeter im ganzen. Deutschland glaubt technisch liefern zu können 1,44 Mill. Festmeter. Die Reparationskommission hat ihre Forderung später auf 4,8 Mill. Festmeter herabgesetzt. Die von uns angebotenen 1,4 Mill. Festmeter würden 200 Milliarden Papiermark kosten, die geforderten 4,8 Mill. 800 Milliarden Papiermark. Es kommt hinzu, daß wir unseren eigenen Bedarf fast ganz und gar aus dem Inland decken müssen, also erheblich mehr schlagen müssen als in Friedenszeiten, wo wir zu erträglichen Preisen Holz einführen konnten. Die natürliche Folge davon ist das Steigen des Inlandspreise.

Kurze polit. Nachrichten.

* Belgien auf der Londoner Konferenz. Die belgische Regierung hat heute von der englischen Regierung die Einladung zur Teilnahme an der Londoner Konferenz am 9. Dezember erhalten.

* Die Ladung der „Lustania“. Die „New York World“ veröffentlicht ein amtliches Dokument vom 4. Juni 1915 über die Torpedierung der „Lustania“. Dieses Dokument hätte Präsident Wilson seinerzeit als die Grundlage für seine Kriegserklärung an Deutschland benutzt. Es besagt, in der Ladung des Schiffes seien 4200 Kisten mit Bewehrungsmaterial und 1250 Kisten mit Schrapnell enthalten gewesen. Die Schrapnells sollen aber vollkommen ungefährlich gewesen sein, da sie nicht geladen waren. Das Schiff beförderte ferner ungeladene Mäster von Granaten von 6 Zoll und Mäster einer sehr schweren Granate, die jedoch alle gleichfalls nicht geladen waren.

80 000 Deutsche aus Oberschlesien vertrieben. Die nunmehr vorliegenden abschließenden Zahlen über die Vertreibungsbewegung in Oberschlesien bilden ein noch trübteres Bild, als es bisher den Anschein hatte. Wie wir von zuständiger Stelle aus Berlin erfahren, haben nach vorläufiger Schätzung insgesamt 80 000 Deutsche aus den polnisch werdenden Teilen Oberschlesiens ihren Wohnsitz verlassen müssen, ohne wieder zurückkehren zu können. Demgegenüber haben die Polen selbst zu, daß nur 10 000 Polen aus den deutsch verbleibenden Teilen flüchtig geworden sind.

110,3 Milliarden neue Noten in einer Woche. Der Notenumlauf der Reichsbank hat sich in der Berichtswochen weiter um den Niefenbetrag von 110,3 — gegen 4,5 Milliarden in der gleichen Berichtswochen des Vorjahres — auf 754,2 Milliarden vermehrt. Der Umlauf an Darlehensklassenscheinen zeigt eine verhältnismäßig geringe Abnahme um 57,1 Millionen auf 13,8 Milliarden.

* Französischer Flugverkehr von Mainz aus. Nach einer Meldung des Journal aus Mainz beabsichtigt man, von Mainz aus vier große Flugzeuglinien einzurichten, wovon die eine zwischen Mainz und Paris liegt. Die anderen Linien sollen Mainz mit Oberbourg, Straßburg-Lyon und Köln verbinden.

* Gründung eines Instituts für auswärtige Politik. Der Hamburger Senat hat beschlossen, der Bürgerschaft eine Vorlage zu geben zu lassen, in der die Eröffnung eines Instituts für auswärtige Politik in Hamburg beantragt wird. Dem geplanten Institut sind auch von privater Seite Mittel zur Verfügung gestellt. Für die Leitung ist Prof. Dr. Wendelsohn-Parfodoli gewonnen, der fürsich eine Berufung an die Berliner Universität erhalten hatte.

Badische Übersicht.

Badischer Landtag.

Die Stammgutfrage

beschäftigt zurzeit den Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung. Die Regierung hat eine entsprechende Vorlage dem Landtag unterbreitet; sie wurde von dem Berichterstatter der Kommission, Abg. Dr. Schmitt (Zentr.) als eine geeignete Grundlage zur Klärung der Rechtsverhältnisse bezeichnet. Dagegen vertrat ein deutschnationaler Abgeordneter den

Standpunkt, daß die wohnen vorsebenen persönlichen Rechte der Stammgutbesitzer durch die Verfassung nicht aufgehoben seien und daher aus rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen weiter bestehen könnten. Er stellte einen dementsprechenden Änderungsantrag. Der Vertreter des Landtages war der Meinung, daß die Sonderrechte nicht mehr in die neue Zeit gehören und aufgehoben werden müssen. Auch der Redner der Sozialdemokratie vertrat die Auffassung, daß sowohl in objektiver Hinsicht eine Gebundenheit nicht mehr bestehe. Auch er erklärte, daß man dem Entwurf im allgemeinen zustimmen könne.

Bei der Einzelberatung wurden die Anträge der Deutschnationalen, welche eine besondere Erbfolge beabsichtigten, gegen die Stimmen der Antragsteller, der deutschen Volkspartei und der Demokraten abgelehnt und § 1 des Regierungsentwurfes mit folgendem Wortlaut angenommen:

„Das Eigentum an Familien- und Stammgütern mit Einschluß der Fideikomnisse des vormaligen Großherzoglichen Hauses und des Hausvermögens der standesherrlichen Familien- und Stammgüter im Sinne dieses Gesetzes unterliegt vom Beginn des 9. Mai 1919 an nur den aus diesem Gesetz hervorgehenden Beschränkungen. Die Berechtigung erfolgt von diesem Zeitpunkt an nach den Vorschriften des bürgerlichen Gesetzbuches.“

Auch § 2 des Regierungsentwurfes fand Annahme. Darnach werden die bisherigen Abfertigungsansprüche für Söhne, Töchter und Witwen belassen. Diese Ansprüche haben als gesetzliche Wirklichkeit, sie bedürfen keiner Eintragung in das Grundbuch.

Majolika-Manufaktur.

Am Mittwoch nachmittag besichtigte der Haushaltsausschuss des Landtages auf Einladung des Finanzministers die frühere Groß-Majolika-Manufaktur, welche seit der November-Umwälzung in das Eigentum des badischen Staates übergegangen ist. Die Hauptgebäude befinden sich im Hardtwald, hinter dem Schloß in Karlsruhe, eine Abteilung am Westbahnhof und eine weitere Niederlassung in Ettlingen. Insgesamt werden zurzeit in dem Unternehmen 200 Arbeiter und 30 Angestellte beschäftigt. Unter Führung des Direktors Spangenberg begaben sich alle Abgeordneten und die Vertreter des Finanzministeriums in die Malerei, die Dreherei, die Brennerei, die Modellier-Küme, den Ausstellungstraum usw., um die Ergebnisse vom Rohstoff bis zur Fertigstellung beobachten zu können. Man war überrascht über die Vielfältigkeit der Formen, über die sehr zahlreichen Modelle und die Präzision der Arbeit. Die Umkehrung der künstlerischen Ideen in die Wirklichkeit, in feste Formen ist Ziel und Zweck des Unternehmens. Der Geschäftsgang war bisher ein-recht betrieblicher; es ist zu wünschen, daß er andauert. — Am Schlusse der Besichtigung sprach der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Abg. Marum, der Gesamtleitung der Majolika-Manufaktur den Dank der Abgeordneten für die belehrende Führung aus.

Die nächste Sitzung des Landtages

welche, wie gestern bereits mitgeteilt, am nächsten Mittwoch, 13. d. Mts., früh 9 Uhr stattfindet, ist nicht die 2., sondern die 4. Sitzung des Plenums, da am 7. November drei Sitzungen — am Vormittag, Nachmittag und Abend — stattgefunden haben. Die Mittwochsitzung hat ein ziemlich umfangreiches Arbeitspensum zu erledigen.

Die Streiklage in der Anilinfabrik.

Gestern ist in weiteren Ludwigshafener Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen worden, u. a. auch bei der Badischen Pflanzfabrik. Am Mittwoch fand eine Legehafensammlung der Gulinischen Werke statt, in der, nach der Stimmung der überwiegenden Mehrzahl der Streikenden zu schließen, wahrscheinlich auch die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen werden wird. Gestern wurden auch die Verhandlungen zwischen der Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik und den Gewerkschaften wegen Befreiung des Streiks begonnen. Hoffentlich bringen sie rasch das einigene Ergebnis.

Als ein trübes Streikbild darf wohl auch der gestrige Wochenmarkt in der Ruppertsdrift in Ludwigshafen gelten. Sonst häuften sich dort an den Markttagen die Waren, die in jener, meist von Anilinern dicht bewohnten Stadtgegend, rasch geräumt waren. Gestern morgen waren die Stände, auch die der Metzger, fast leer. Den vielen tausend Familien der Anilinlebensgemeinschaft sind die Mittel während des Streiks ausgegangen, die Händler wissen das, und bleiben dem Markt fern. Die Folgen der unbesonnenen Haltung der Führer dieses wilden Streiks müssen nun leider auch viele Familien durchkosten. Um 11 Uhr haben Verhandlungen zwischen den Lehrenden der befreiten Werke und den Gewerkschaften zwecks Wiederaufnahme der Arbeit begonnen. Die Verhandlungen sollen eine Befreiung ergeben.

Badische Industrie- und Eisenbahngütertarife.

Vom Verband Südwestdeutscher Industrieller wird uns geschrieben: „Das Direktorium des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller hatte sich in seiner letzten ordentlichen Plenarversammlung vom 27. Oktober d. J. u. a. eingehend mit den zahlreichen, ihm aus den Kreisen der badischen und südwestdeutschen Industrie zugegangenen Klagen und Vorwürfen über die unbilligen Wirkungen befaßt, die die fortgesetzten Erhöhungen der Eisenbahngütertarife auf die Konkurrenz- und Existenzfähigkeit der badischen und südwestdeutschen Industrien ausüben.“

Infolge der nun eingetretenen weiteren gewaltigen Gütertariferhöhungen sah sich der Verband gezwungen, erneute nachdrücklichste Vorstellungen in obiger Angelegenheit an die badische Staatsregierung zu richten. Bei diesen Vorstellungen knüpfte er an die Stellungnahme des Direktoriums in der vorerwähnten Plenarversammlung an. Es heißt dann in der an die badische Staatsregierung gerichteten Eingabe des Verbandes wörtlich u. a.:

„Durch die nun seitdem eingetretenen weitere gewaltigen Erhöhungen der Eisenbahngütertarife ist nicht nur eine Unterbindung der Konkurrenz- und Exportfähigkeit, sondern geradezu eine Erschlüpfung der Existenzgrundlagen für zahlreiche badische Industriebetriebe zu befürchten, wobei zu berücksichtigen ist, daß die an der Südwestseite des Reiches, also fernab von den Rohstoffzentren und

Geschäften gelegene, babilische Industrie, wie allgemein bekannt ist, ihre Rohstoffe und Halbfabrikate auf dem langen Schienenweg beziehen und ihre für den Export bestimmten Fertigfabrikate wieder auf dem gleichen Wege zu den Seehäfen befördern lassen muß, sofern nicht der Transport auf dem Wasserwege in Betracht kommt.

Am Rißverständnis zu vermeiden, betonen wir, daß wir uns der Notwendigkeit nicht verschließen, daß auch die Eisenbahnverwaltung darauf bedacht sein muß, ihre Einnahmen mit der steigenden Geldentwertung in Einklang zu bringen, aber auf der anderen Seite weisen wir darauf hin, daß bei einem Reiche, das sich aus einer Reihe gleichberechtigter Gliedstaaten zusammensetzt, die Reichsregierung darauf bedacht sein muß, daß durch, wenn auch an sich notwendige Maßnahmen nicht die Lebensfähigkeit der Volkswirtschaften einzelner Glieder erschüttert oder gefährdet wird.

Diese Gefährdung und Erschütterung der Volkswirtschaft des badischen Landes aber liegt vor, wenn im Zusammenhang mit den fortgesetzten Tarifserhöhungen der Reichsregierung Maßnahmen getroffen werden, die eine Konkurrenzfähigkeit der Industrien der entfernteren Gebiete in Deutschland selbst und die Aufrechterhaltung ihrer Exportfähigkeit und ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkte ermöglichen.

Baden ist infolge des unglücklichen Ausganges des Krieges Grenzland geworden, Elaf-Lieferungen als wichtiges Absatzgebiet ist für die badische Industrie in Fortfall gekommen, die günstige Rohstoffversorgung aus dem Saargebiet, die Versorgung mit Rohstoffen und Halbfabrikaten aus Lothringen ist aufgehoben oder ungescheit erschwert oder verliert worden.

Diese ganzen vorstehend geschilderten Verhältnisse der Volkswirtschaft und der Industrie des Landes Baden verlangen geheimerisch eine weitreichende Berücksichtigung seitens der Reichsregierung. Wir fordern daher, wie es in dem Beschlusse des Direktoriums uneres Verbandes als zuständigen badischen landwirtschaftlichen Industrieverbandes zum Ausdruck kommt, eine weitreichende Durchsicht der Tarife sowohl in horizontaler, wie besonders in vertikaler Richtung, und die beschleunigte Einführung von Wasserumschlagstarifen.

Um diesen dringenden Wünschen der badischen Industrie Gehör zu verschaffen, hat der Verband die badische Regierung insbesondere das Badische Ministerium der Finanzen, dringend, mit den anderen süddeutschen Regierungen Fühlung zu nehmen und gemeinsame Vorstellungen im beantragten Sinne seitens der süddeutschen Regierungen bei der Reichsregierung herbeizuführen.

Die fortgesetzten Gütertarifierhöhungen bewirken, so heißt es in der Eingabe u. a. weiter bei der verkehrsgeographisch ungünstigen Lage Badens für seine Industrie fast durchweg eine Verbelastung, die in ihrer jetzigen Höhe, wie SARNELEG, zu einer Ausschaltung der Konkurrenzfähigkeit allmählich führen müßte.

Bahnenschutz Mosbach.

P.A. Nachdem im Bezirk der Staatsanwaltschaft Mosbach im Hinblick auf die Tatsache, daß der Bezirk nach allen Seiten dem Verkehr mit in der Nachbarschaft gelegenen größeren Städten offen steht, Grund zur Befürchtung einer starken Zunahme namentlich der nächtlichen Verbrechen vorlag, wurde zur Überwachung des Verkehrs nach und von diesem Bezirk ein besonderer Eisenbahnpatrouillendienst mit Gendarmeriebeamten eingerichtet. Dieser Überwachungsdienst, der die polizeilichen Nachstreifen auf den Straßen mirksam zu ergänzen hat, dient in erster Linie der Kontrolle von verdächtigen Elementen, die mit den letzten Abendzügen in den Bezirk einreisen, um diesen mit den ersten Morgenstrahlen wieder zu verlassen, dann aber auch der Sicherung der Bahn- und Verkehrsüter.

Dieser Bahnwachdienst wird von einem Heinen, im Bezirk stationierten Gendarmeriekommando ausgeführt und hat in der kurzen Zeit seit seiner Einrichtung bereits beträchtliche Erfolge gezeitigt. So wurde durch den Überwachungsdienst der Ausführung von Verbrechen vorgegriffen bzw. Täter ermittelt und eine Reihe von Personen, die wegen verschiedener Verbrechen verfolgt waren, festgenommen, sowie zahlreiche Ausländer mit mangelhaften Papieren aufgegriffen. Außerdem hat der Überwachungsdienst mehrere Fälle von Diebstahl, Preistreiberei, unerlaubtem Handel zur Feststellung gebracht und Diebesgut, bezw. Gegenstände des unerlaubten Handels von erheblichem Wert ermittelt.

Der Bahnwach Mosbach ist zunächst als eine vorübergehende Einrichtung gedacht, deren weitere Bewährung die Frage entscheiden dürfte, ob entsprechende Vorkehrungen auch in anderen ähnlich gefährdeten Bezirken getroffen werden können. Selbstverständlich wird von diesen besonderen Überwachungsmaßnahmen die Durchführung der in allen Bezirken eingerichteten polizeilichen Zugskontrollen nicht berührt.

Die neuen Einreisebestimmungen für das besetzte Gebiet.

Am 1. Dezember hat die Interalliierte Rheinland-Kommission neue Einreisebestimmungen erlassen. Sie lauten unter anderem: Jede über 13 Jahre alte Person irgend einer Nationalität, die ihren Wohnsitz im besetzten Gebiet hat, muß mit einem Ausweis nebst Bild versehen sein, der von der zuständigen deutschen Behörde beglaubigt ist.

Kein deutscher über 16 Jahre, der seinen Wohnsitz im unbesetzten Gebiet hat, darf das besetzte Gebiet ohne Ausweis oder Paß betreten.

Alle Gasthof- und Fremdenheimbesitzer sind streng angewiesen, entsprechend den deutschen Vorschriften in ihre Fremdenbücher Namen, Nationalität, Wohnort, Alter, Ankunft und Abreise, den Ort, woher die Fremden gekommen sind und wohin sie reisen, einzutragen. Die verantwortlichen deutschen Behörden müssen auf Verlangen die Polizeiregister den alliierten Behörden zur Prüfung vorlegen.

Jede Person, die ihren Aufenthalt im besetzten Gebiet zu nehmen wünscht, muß ein schriftliches Gesuch an die Behörden des Ortes richten, wo sie wohnen will. Diese können die Erlaubnis erteilen und müssen ihre Entscheidung dem Kreisdelegierten binnen drei Tagen mitteilen.

Kein aktiver Angehöriger des deutschen Heeres darf das besetzte Gebiet ohne besondere Genehmigung der Militärbehörde des Bezirks betreten, in dem er sich aufhalten will. Diese muß die Zahl der Tage enthalten, für die sie gilt. Jede derartige Person muß innerhalb 24 Stunden nach ihrer Ankunft bei dem Kreisvertreter die Beglaubigung des Paßes oder Ausweises nachsuchen. Niemand im besetzten Gebiet darf eine deutsche Militäruniform oder die der Schutztruppe oder ein militärisches Ausstattungsstück ohne besondere Erlaubnis eines Kommandeurs tragen. Wenn der Rheinlandkommission die Anwesenheit einer Person im besetzten Gebiet für den Unterhalt, die Sicherheit oder die Bedürfnisse der Besatzungstruppen gefährlich oder gegen das Interesse der öffentlichen Ordnung erscheint, kann die Rheinlandkommission einen Ausrückungsbeehl erlassen. Wer einem solchen Ausrückungsbeehl nicht vor Gericht gestellt.

Teuerungsmassnahmen für Militärrentner.

Durch den vierten Nachtrag zum Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1922 ist die Teuerungszulage nach § 87 des Reichsversorgungsgesetzes für alle Militärrentner — also einschließlich der im Erwerbsleben stehenden — vom 1. Oktober 1922 ab von 86 auf 170 v. H. erhöht worden. Das bedeutet eine Verdoppelung der gesetzlich zahlbaren Versorgungsgebühren. Die gleiche Vergütung wird allen übrigen Militärrentnern zuteil, soweit sie nicht nach anderen Vorschriften schon höhere Zuschüsse bekommen. Das Sterbegeld, die Pflegezulage und die den Blinden zustehenden Unterhaltskosten für den Führerhand werden infolge weiterer Erhöhung der Teuerungszulage zum zwölfwachen Betrage der Sätze des Reichsversorgungsgesetzes ausgedehnt. Die erhöhten Versorgungsgebühren kommen im wesentlichen ohne Mitwirkung der Versorgungsbehörden unmittelbar durch die Postanstalten, in Bayern durch die Pensionskassenstellen, zur Auszahlung, und zwar wird für November einschließlich der Nachzahlung für Oktober der dreifache Betrag, in Zukunft aber der doppelte Betrag der Renten gezahlt.

Verfestigungen der Versorgungsgebühren finden im allgemeinen nicht statt. Die gegenüber der Doppelpayung sich ergebenden Mehrbeträge für die Pflegezulage und die Unterhaltskosten für den Führerhand werden ebenso wie die Erhöhung des Sterbegeldes durch die Versorgungsämter im Einklang mit der Reichsregierung an den Empfänger zu leisten. Auch sonstige erforderlich werdende Ausgleichungen durch die Versorgungsbehörden. Die für die Berechnung des Versorgungsantragsbetrages und Versorgungsantragsgebührende geltenden Höchstätze sind ebenfalls verdoppelt worden.

Gleichzeitig mit dieser allgemeinen Aufbesserung der Militärrenten sind die im Falle des Bedürfnisses durch die Fürsorgestellen zu gewährenden Teuerungszuschüsse nach dem Gesetz vom 21. Juli 1922 und die für ihre Bewilligung maßgebenden Einkommensgrenzen in der Verordnung vom 1. Oktober 1922 ab auf das Vier- bis Sechsfache der im Gesetz über Teuerungsmassnahmen für August vorgezeichneten Sätze und vom 1. November 1922 ab bis auf das Zehnfache dieser Sätze erhöht worden. Die vollen Teuerungszuschüsse betragen hiernach vom 1. November 1922 ab bei Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen monatlich für einen Beschädigten mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 50 bis 80 v. H. 3200 M., mit einer Minderung um mehr als 80 v. H. 4800 M. und, wenn der Beschädigte nur auf die Rente angewiesen und nachweislich einen Erwerb auszuüben nicht imstande ist, 6400 M. Witwen erhalten neben der Rente 2000 M., wenn sie nur auf die Rente angewiesen und nachweislich einen Erwerb auszuüben nicht imstande sind, 4800 M.; eine vaterlose Witwe erhält 2000 M., eine elternlose Witwe 3000 M., ein Elternheil 2500 M., ein Elternpaar 4100 M. Empfänger eines Übergangsgeldes oder eines Hausgeldes und Empfängerinnen einer Witwenbeihilfe haben Anspruch auf 2000 M. Beschädigte, die für Kinder sorgen, erhalten für jedes Kind einen Sonderzuschuß von 1600 M. Die Nachzahlung der Unterschiedsbeträge für den Monat November erfolgt durch die Fürsorgestellen in der zweiten Hälfte des Monats.

Geldabfindung der Kapitulant.

Nach dem Mannschaffsberfordergesetz kann Kapitulant, die nach zwölfjähriger Dienstzeit den Zivilverordnungsstellen erworben haben, bis zum Ablauf eines Jahres nach der Entlassung aus dem aktiven Militärdienst auf ihren Antrag gegen Verzicht auf den Schein und die Zivilverordnungsentscheidung eine einmalige Geldabfindung bewilligt werden, wenn sie für eine nützliche Verwendung des Geldes Gewähr leisten. Während nach dieser Vorschrift die Bewilligung der Abfindung in das freie Ermessen der Verwaltungsbehörde gestellt war, hat das Kapitulanteneinkommengesetz für die Kapitulant, die nach Vollendung des zwölfjährigen Dienstjahres infolge Verminderung der Wehrmacht aus dem aktiven Dienst ausscheiden müssen und zum Beamten würdig erscheinen, einen Rechtsanspruch auf die Geldabfindung geschaffen. Die Frage, ob für eine nützliche Verwendung des Geldes Gewähr gegeben ist, ist lediglich nach der Persönlichkeit des Kapitulant zu beurteilen. Wenn der Kapitulant nach seiner dienstlichen und außerdienstlichen Führung und seinen moralischen Eigenschaften eine genügende Sicherheit für die Annahme gewährt, daß das Geld nützlich verwendet wird, so hat die Bewilligung der Abfindung zu erfolgen, ohne daß es eines besonderen Nachweises des Verwendungszweckes bedarf. Die Bewilligung hängt also z. B. nicht von der Art der Anlegung des Kapitals ab.

Aus der Landeshauptstadt.

Technische Abwehr gegen Einbruch.

(Vortrag im Badischen Landeskriminalmuseum.)

Auf Veranlassung des Bad. Landeskriminalmuseums (Abteilung Beratungsstelle zum Schutze gegen Einbruch und Diebstahl) fand am gestrigen Nachmittag im Reiterkursaal des Landesgewerbemuseums ein Lichtbildvortrag des Herrn Dipl.-Ing. Heine über „Technische Abwehr gegen Einbruch“ statt, an welchem zahlreiche Vertreter staatlicher und städtischer Behörden, sowie Vertreter des Banklages, des Handels, der Industrie des Gewerbes und der Presse teilnahmen.

Einleitend wies Oberstleutnant Diez, der Leiter des Badischen Kriminalmuseums, auf die Bedeutung der vom Ministerium des Innern gegründeten Beratungsstelle — über deren Tätigkeit wir bereits wiederholt an anderer Stelle berichtet haben — hin. Die Beratungsstelle vermittelt dem Publikum, das sich dieser Einrichtung bereits sehr eifrig bedient, Ratsschläge gegen die sich immer mehr häufenden Einbruchsdiebstähle, an Hand eines vorzüglichen Materials. Der Vortragende, Dipl.-Ing. Heine, behandelte vor allem die beiden verschiedenen Gruppen von Abwehrvorrichtungen: mechanische und technische Sicherungen. Sicherungen an Privatwohnungen, öffentlichen Gebäuden, Banken und nicht zuletzt auch Abwehrvorrichtungen zur Sicherung von Kirchen.

Vorteilhaft, als mechanische Abwehrvorrichtungen, sind Sicherheitsklappen an gemauerten Türen. Die Sicherheitsklappen sind meist nach den Schloßern von Bramah und Chubb aufgebaut. Beim Bramahschloß kann der eingesteckte Schlüssel nur dann den Niegel in den bewegungsfähigen Zylinder drehen, wenn seine verfahren tiefen, in der Längsachse verlaufenden Schlitze des Schlüssel mit den in Zylinder angebrachten Riefen korrespondieren. Das Chubbshloß wird durch mehrere Niegelfstreifen als Zuhaltungen, die nur mit einem ganz bestimmtem geformten Schlüsselbart zu heben sind, gesichert. Schloßer mit mindestens acht Zuhaltungen können heute nur noch einbruchsicher bezeichnet werden. Die zu schließende Tür selbst muß einbruchsfähig sein. Sehr oft werden die Türfüllungen herausgeschüttelt. Hiergegen kann man sich durch Veranageln der Innenseite mit Blech oder durch Anschrauben von Quersäben sichern.

Außer durch Türen und Kolläden, die von innen gut zu verriegeln sind, können Fenster mit Gitter geschützt werden. Diese sind zu beschließen, kräftig anzuführen und genügend tief in die Mauer einzulassen, da sie sonst herausgehoben oder

auseinandergehoben werden können. Auch empfiehlt es sich, die Stäbe nicht mehr als 12 Zentimeter voneinander entfernt einzulassen, da sonst ein halbwochiger Bürger hindurchschlüpfen kann. Solche Gitter könnten unter Umständen auch für Kirchenfenster als mechan. Sicherungen in Frage kommen.

Für Wohnungen, die wenig von fremden Leuten betreten werden, kann schon die gewöhnliche Weideranlage große Dienste leisten. Die Anlage ist derart eingerichtet, daß beim Öffnen der Tür, oder schon beim Druck auf die Türklinke oder beim Hineinstechen eines Schlüssels in das Schloß eine elektrische Alarmglocke in Tätigkeit tritt.

Diese Anlage genügt nicht mehr für Räume, die häufig betreten werden (Geschäftslokale), weil die Glocke verlegt, wenn der Draht durchschnitten wird. Hier empfiehlt es sich, eine Weideranlage mit doppeltem Stromkreis anzubringen. Die Drähte des einen Stromkreises, die dauernd von einem Strom durchflossen werden, befinden sich mit den dazu gehörigen Kontakten in demjenigen Räume, der gesichert werden soll. Die Weideranlage mit den dazugehörigen Drähten sind dabei in einem Räume untergebracht, in dem sich der Eigentümer oder das Aufsichtspersonal befindet. Die Sicherungsmethode empfiehlt sich für Aufstellungen, Bildergalerien. Die angelegten Wertgegenstände werden gesichert, wenn der Draht zu jedem Gegenstand geführt wird. Der Gegenstand selbst schießt einen Kontakt. Durch Wegnahme des Gegenstandes wird die Weideranlage in Tätigkeit versetzt.

Sehr verbreitet sind die sogenannten Selenzellen-Sicherungsapparate. Selten ist ein chemisches Element, das die Eigenschaft besitzt, den elektrischen Strom erst bei Belichtung durchzulassen. Verbindung für die Verwendung des Selenzellen-Sicherungsapparates ist, daß der Raum vollständig abgedunkelt werden kann. Die Selenzelle ist so anzubringen, daß sie auch dem geübten Auge des Diebes nicht auffällt. Nach Verlassen des Raumes durch das Personal muß er abgedunkelt und die Sicherheitsanlage eingestellt werden. Gelangt der Einbrecher auf irgend eine Weise in den Raum, so wird er doch mindestens ein Streichholz anzünden, um etwas zu sehen. Dies genügt schon, um die mit der Selenzelle in Verbindung stehende Weideranlage in Tätigkeit zu bringen.

Der Vortragende, welcher die interessanten Ausführungen an Hand von Lichtbildern und auch an praktischen Vorführungen erläuterte, erwähnte schließlich noch die Rauschmikrophonanlagen. Der zu sichernde Raum wird mit Mikrofonen ausgestattet, der Raum des Wächters mit den dazugehörigen Telefonen. Wird in dem Raum eingebrochen, so übertragen die Mikrophone das leiseste Geräusch auf die Telefonapparate.

Mit einem kurzen Schlusswort des Herrn Oberleutnant Diez schloß die lehrreiche Veranstaltung.

„Deutschland und Griechenland zu den Fragen über Bildung und Leben.“

Im Einvernehmen mit der Vereinigung der Freunde des humanistischen Gymnasiums hatte die Ortsgruppe Karlsruhe der „Deutsches Griechisches Gesellschaft“ am vergangenen Freitag abend in der großen Hörsaal des chemischen Instituts der Technischen Hochschule zu einem Vortrag des Herrn Universitätsprofessors Geh. Hofrat Dr. Immisch-Freiburg i. Br. eingeladen. In der Begrüßungsansprache bewillkommnete der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe der Deutsch-Griechischen Gesellschaft Herr Geh. Regierungsrat Kunzer, die Erscheinenden. Erstmalig habe sich eine sehr große Zahl von Herren und Damen in der Hörsaal versammelt, der Vorsitzende dankte dem Redner. Durfte man ja in Herrn Geh. Rat Immisch den derzeitigen Vorsitzenden der „Deutschen Griechischen Gesellschaft“ begrüßen, einen Altmeister der klassischen Philologie, einen ausgezeichneten Kenner der südlichen Länder, einen feinsinnigen Interpreten des antiken, zumal des lateinischen Schrifttums, und nicht zuletzt einen hervorragenden Forscher, der immer wieder das Problem über das Erbe der Antike, über das Nachleben der Antike so meisterlich anzufassen und zu bewältigen weiß. So hat denn auch der Vortrag, wie nicht anders zu erwarten, erhebenden Genuß und reichliche Belehrung. Ausgehend von dem Hellenismus, verbreitete sich Geh. Rat Immisch zunächst in einem vorbereitenden Teil über die Schicksalsgemeinschaft des deutschen und des griechischen Volkes, für welche beide das Erbe von Athen, entgegen der Auffassung der „Nationalpädagogik“, ein übernationales sei. Zum Nationalen trete als eine Ergänzung die Antike in ihrer dauernden Unerforschlichkeit. In einem zweiten speziellen Teil behandelte alsdann der Redner eine „Frage über Bildung und Leben“, nämlich die etwas abstrakt angelegene Antike Helios.

In scharfsinnigen dialektischen Ausführungen wurde an der Hand der alten Schriftsteller ihre Entwicklungslinie von den ersten Anfängen des antiken Schrifttums bis auf Seneca und Tacitus aufgezeigt. Sie wurde charakterisiert als das Streben nach bestmöglicher künstlerischer Formgebung, als „Mythologie“, als „Kreier der Seele“. Nach Platon gründe sich der Beruf als Redner auf wissenschaftlich gesichertem Erkenntnis und Einsicht. Aristoteles jedoch anerkenne zwischen den beiden polaren Gegensätzen, der Kunst und der Wissenschaft, ein ausgedehntes und bedeutames Zwischenreich, ein Reich der Wahrscheinlichkeit, der Vorbildigkeit, der Annäherungsversuche, der Notbehelfe, der Meinungen oder — als Parallelschritt zur Gegenwart gesehen — das Reich der Presse — eine Angelegenheit, die gerade in einem Volksstaate von folgenreichster Bedeutung sei. In diesem Zwischenreich die rechte Haltung einzunehmen, sei in den Einzelnen wie für die Gesamtheit praktisch eine eminent wichtige Aufgabe. So sei auch in dieser Beziehung bis auf der heutigen Tag das Altertum wirksam. Mit dieser Feststellung schloß die meisterhafte, tiefdurchdachte Rede.

Dem freundigen, herzlichen Beifall seitens der Hörer für die durch fachliche Gründlichkeit wie durch feingeschärfte Form gleich ausgezeichneten Darbietungen des hochberechneten Herrn Redners ließ Herr Prof. Sach, zugleich auch namens des vereinigten Vorsitzenden der Vereinigung der Freunde des humanistischen Gymnasiums, in einem warmen Schlusswort dank erfüllten Ausdruck. Wohl mancher unter den Anwesenden mag aufs neue inne geworden sein, daß die Antike auch heute noch viel mehr für uns ist, als ein bloßes Bildungsmittel, daß sie ein Bildungswelt ist. Es gab und gibt eben etwas wie ein europäisches Kulturbewußtsein, eine eigenartige Gesinnungs- und Vorstellungsgemeinschaft, die auf dem Boden der alten Kultur erwachsen ist. Das Erbe der Antike lernend immer wieder zu erwerben, das ist für uns Deutsche nicht nur eine Schlußfrage, sondern eine Kulturfrage. Freilich im Sinne und Geist des alten Jakob Burckhardt: „Für Gelehrsamkeit forat die historisch-antiquarische Literatur, — wir plädieren für ein lebenslang anhaltendes Mittel der Bildung und des Genusses.“

Sch. Werkmeisterbezirksverein. Im große Saale der alten Brauerei Kammerer hielt am Dienstag abend der Werkmeisterbezirksverein seine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Spach, berichtete über das Geschäftsjahr, welches aus 35. seit Bestehen des Werkmeistervereins ist. Es fanden 11 Vorstandssitzungen, 1 ordentliche und 1 außerordentliche und 4 vierteljährliche Hauptversammlungen statt, ferner 11 Monatsversammlungen, 2 Bezirkskonferenzen und 5 Sitzungen der Untertützungskommission. Inwieweitunterstützungen gelangen 3500 M., Unterstützungen von Fall zu Fall 8900 M., Sterbeunterstützungen 3200 M., Stellenlosenunterstützung 12450 M. zur Verteilung. Aufgenommen wurden 87 Mitglie-

der, überwiegen nach amwärts 13, nach hier überwiegen 12, ausgezogen 12, ausgeschlossen 3, gestorben 3 Mitglieder. Hier- auf wurde zu den Neuwahlen geschritten. Der jetzige Vor- sitzende, Herr Spätholz, lehnte eine Wiederwahl ab, und es wurde an seine Stelle Herr Ruhmann einstimmig zum 1. Vor- sitzenden gewählt. Ferner wurden als zweiter Raster Herr Stief, als Vorsitzender die Herren Edelmann, Weyhoff und Ger- sacher, als Revisoren die Herren Hagloh, Lust und Vöcker, in die Unterstützungskommission die Herren Högloh, Franz und Heinrich, als Vertrauensmann der Brandversicherung Herr Lischer und als solcher der Volksbühne Herr Gerspacher ge- wählt. Außerdem war die Wahl von kleinen Kommissionen erforderlich, die sich ebenfalls einstimmig vollzogen. Herr Werner gab seiner Freude über die einstimmige Wahl Ausdruck. Nachdem noch der Vorsitzende Mitteilungen über Verhandlungen über die Winterhilfe als auch über die Geschäftsstelle, welche durch Verlegung des jetzigen Leiters Herrn Sinnwell nach Stuttgart verwaist ist, gemacht hatte, konnte die gut besuchte Versammlung geschlossen werden. — Hierauf schloß sich die außerordentliche Generalversammlung der Krankenzusam- menfassung an, welche Beschluß faßte über Beitrags- und Leistungs- erhöhung.

* Das Karlsruher Adreßbuch für 1923, der fünfzigste Jah- gang, wird schon ausgegeben, ein stattlicher Band von über 1200 Seiten, berichtigt auf den neuesten Stand, in gefälligem dauerhaftem Einband. Das Verzeichnis der Einwohner und Firmen bringt neben allen Fernsprechanlagen wieder die Postkonten- und Sparkasten-Sparplankontennummern sowie Bankverbindungen. Im Verzeichnis der Straßen und Häuser sind wieder die nächstgelegenen Polizeiwachen und Feuerweh- stellen angegeben, dabei auch die Stadtplanquadrate zur leichteren Auffindung unbekannter Straßen. Besonders zu erwä- hen ist das bezügliche Adreßbuch von Rietelshausen, das sich immer mehr als Führer und Geschäftshandbuch der näheren und weiteren Umgebung von Karlsruhe auszeichnet. Die Wohl- fahrtsvereine von Karlsruhe sind in einem besonderen Abschnitt mit vielen näheren Erläuterungen ausführlich und übersichtlich zusammengestellt. Ein Stadtplan von Karlsruhe mit Vororten und Amelungen liegt bei, sowie Pläne vom Land- theater, Konzerthaus und Rheinhafen. Das neue Adreß- buch ist unentbehrlich für jeden, der im scharfen Wirtschaft- kampfe steht auf der Höhe bleiben will; es gehört zur Richt- richtung und zum Nützigen jedes Geschäftsmannes, jeder Ver- ehrte, Kasse, Anstalt und auch jeden größeren Haushaltes. Bezug nur Karlsruher Adreßb. 14.

* Alexander Brundisch, der hervorragende russische Pianist, spielt heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im Eintratskaale zum ersten Male in Karlsruhe. Dieses Konzert dürfte ein musi- kalisches Ereignis allerersten Ranges werden.

* In den Residenz-Theater-Lichtspielen (Waldstraße 30) findet am Sonntag den 10. Dezember, vormittags von 11 bis 1 Uhr, eine Vorstellung statt, deren Gesamteinnahme der Winterhilfe zufließt. Gegeben wird das hochinteressante Gesellschaftsdrama „Das Feuer Schiff“ sowie der lustige ameri- kanische Grotteskfilm „Die Schneekur“.

Literarische Neuerscheinungen.

Die sechs Bücher der Kunst. Herausgeber Universitätsprofes- sor Dr. A. C. Brindmann-Köln. 6. Buch, Die Kunst der Gegenwart. Von Museumsdirektor Dr. Paul F. Schmidt, Dresden. 198 Abbildungen und 5 Farbtafeln. (Akademische Verlagsgesellschaft Athenaion m. b. H., Berlin-Neubabelsberg.) — Mit dem vorliegenden, überraschend gut ausgestatteten Bande beginnt eine neuartige kleine Weltgeschichte der Kunst zu er- scheinen, angepaßt dem heute sehr schmalen Geldbeutel der Intellektuellen. Dieses neue Werk ist in sechs Bände geglie- dert, die unter Zugrundelegung eines reichen Abbildungs- materials Antike, Orient, Mittelalter, Renaissance, Barock, Ro- mantik und die Gegenwart in gedrängter Kürze behandeln. Statt vieler Worte sprechen die außerordentlich zahlreich beigegebenen künstlerisch ausgeführten Abbildungen in Doppelverfähen meist in größerem Format, dazu Farbbilder, die von den Originalen den treffendsten Eindruck vermitteln. Der zuerst erschienene Band ist der letzte der Reihe. Frei und schwingvoll geschrieben, liest er über die Phasen des 19. Jahrhunderts auf und führt in prägnanter Fassung die Kunst des Modernen vor Augen. Der Stoff ist so gegliedert, daß als Unterbau die kulturgeschichtlichen Bedingungen aufgezeigt werden, der Anteil der verschiedenen Nationen dargestellt und dann in ein- heitlichem Zuge die Entwicklung verfolgt wird. Diese Gliede- rung wird auch in den anderen Bänden beibehalten.

Badisches Landestheater.

Samstag, 9. Dez. 7 b. n. 9 1/2 Uhr. 350 Mk. Abonnement E 10. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 701—900 u. alle Nr. über 4600. Neu einstudiert: **Die Jüdin von Toledo.**

Spielplan vom 10.—19. Dezember
Im Landestheater. So. 10. vorm. 11 1/2. Hans Pfitzner-Morgensfeier. Veranstaltung der Th.-Gem. B.V.B. Vortrag: Dr. Wih. Zentner-München. Lieder: Hedy Iracema-Brügelmann, Rudolf Weyrauch. Begl.: Fritz Cortolozis. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1—800 (als freie Sonderveranstaltung). Allgem. Verkauf an der Theaterkasse (100.00, 70.00, 30.00). Abends 5 1/2. Lohengrin. (900.00) — Mo. 11. Volksbühne. L. 5. Wilhelm Tell. 7. (350.00) — Die 12. Abonn. B. 9. Neu einstudiert. Der arme Heinrich. Musik- drama von Hans Pfitzner. 7. (700.00) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 201—700. — Mi. 13. Abonn. E 9. Ri- goletto. 7. (800.00) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1201—1400. — Do. 14. Abonn. A 9. Die Jüdin von Toledo. 7. (350.00) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1501—1800. — Fr. 15. Abonn. F 9. Der Rosenkavalier. 6 1/2. (800.00) Th.-Gem. B.V.B. Nr. 2101—2300. — Sa. 16. Zum ersten Male. Christinens Märchenbuch. Weih- nachtsmärchen in 5 Bildern von Ulrich v. d. Trenk- Ulrich. 5 1/2. (200.00) — So. 17. nachm. 2. Christin- chens Märchenbuch. (200.00) Abends 6 1/2. Der Tron- badour. (1000.00) — Mo. 18. Volksbühne. L. 6. Wil- helm Tell. 7. (350.00) — Die. 19. Volksbühne. J. 6. Hänsel und Gretel. 7. (800.00).
Im Konzerthaus. So. 10. nachm. 2. Volks- bühne. M 5. Der Dreidradbauer. — Die. 12. und Fr. 15. Volksbühne. M 6 und M 7. Der Dreidrad- bauer. 7. — So. 17. Der keusche Lebemann. 7. (350.00) — Die. 19. Volksbühne. M 8. Der Drei- dradbauer. 7.

Auslösung der Karten für die Teilnehmer der Theater-Gemeinde jeweils am Vortrag der Auf- führung in der Geschäftsstelle (10—1/2, 4—6 Uhr). Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Vorkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 9., nachm. 1/4—5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 11. an.

Ulrich Meinhart: Ein der Grenze des Jenseits. Band 65 der „Jellenbücherei“ (Verlag Dürr & Weber m. b. H., Leipzig, Querstraße 14). — Lange bevor Okultismus Mode zu werden begann, hat Meinhart diese dem physischen Auge verborgenen geheimen Kräfte seinem Schaffen zugrunde gelegt. Wie kaum ein anderer ist daher er der Berufene, über okulte Wissen- schaft zu sprechen, die bisher nur unter Menschen verwandter Sinnesart und gläubiger Geistesrichtung mitteilbar erschien.

Schleiermacher als Mensch. Sein Wirken. Familien- und Freundesbriefe 1804 bis 1834. In neuer Form mit einer Einleitung und Anmerkungen herausgegeben von Heinrich Meisner. Mit einem Bilde. (Verlag Friedrich Andreas Perthes u. G. Stuttgart/Gotha.) — Gelehrter und Pädagoge, Freund und Familienoberhaupt, Berater in Staats- fragen wie in inneren Herzensangelegenheiten, — so steht in seinem Wirken Friedrich Schleiermacher hier vor uns als der durch Kampf und Selbstsucht geformte Mensch. Seine Briefe spiegeln die sittliche Höhe echten Menschentums, die wir be- wundern und nicht genug für uns selbst fruchtbar machen könn- ten. In offenem Geständnis läßt er in ihnen sein tiefstes Gefühl ausströmen und schenkt uns zugleich wunderbare poeti- sche Schöpfungen, denen nichts von der nach seinem Beliebnis vielen seiner wissenschaftlichen Arbeiten eigenen Schwere anhaftet: hier ist er der klare Schilderer persönlicher und fremder Erlebnisse, der ehrliche Bekenner seines Wissens und Glaubens, der scharfe und oft humorvolle Kritiker seiner eigenen Seele.

Aus fernem Osten. Reiseindrücke und Stimmungsbilder von Deutschlands erster Ostasienfahrt nach dem Weltkrieg. Von Dr. phil. et med. Gerhard Benzger. (Weltbund-Verlag, Hamburg 25.) — Wir hungern nach Sonne und Fun- gen nach Weite. Immer begrißen wir dankbar und froh Bücher, die uns von der Sonnenferne einen Abganz geben oder uns befreien aus der Enge unserer Grenzen, in die uns die Politik unserer Zeit gedrückt hat. Ein solches nun gibt uns Gerhard Benzger, den das Reiseglück jüngst in den fern- sten Osten geführt hat. Es war eine sieghafte Fahrt, die die Daveland, ein der neuen Motorhiffe der Hamburg-America- Linie, unternommen hat, die erste Ostasienreise eines deutschen Schiffes nach siebenundzwanzig Jahren Kriegsunterbrechung, die fernsten Wäldern wieder Kenntnis gab von Deutschlands ge- sund sich redender Kraft und seinem nie erlahmenden Zukunfts- willen. Das Benzger'sche Buch, sehr schön ausgestattet, gibt doppelten Gewinn. Es zeigt von der Pionierkraft deutscher Tüchtigkeit im fernem Osten und weckt damit Vertrauen und Mut und es gibt zugleich, von ausgezeichneten Photographien unterstützt, eine sehr frische und farbige Darstellung östlichen Lebens, die uns, die wir nach Sonne und nach Weite hungern, mit besonderer Freude erfüllt.

Sir Francis Young's Buch: Das Herz der Natur. (Leipzig, J. A. Brockhaus.) — Dieses Buch konnte nur jetzt entstehen, in einer Zeit, die ein ungefülltes Sehnen nach dem wahren Glück durchzieht. Es ist das Werk eines Mannes, der als Forschungsreisender, als gelehrter Geograph wie als Offizier einen wohlbegünstigten Namen hat und der seit Jahren Prä- sident der englischen Geographischen Gesellschaft ist. Das Werk gehört zu den merkwürdigsten, aber auch beachtenswertesten Büchern unserer gährenden Zeit. Einen Mann der Tat, der die Welt der Weite und Breite in Land und Wäldern kenn- gelernt hat, der als Forscher und als Krieger in das ver- schlossene Land Tibet und bis Haha gedrungen ist, drängt es, die Summe zu ziehen, die Gemüt und Seele, nicht allein der kühl wägende Verstand auf seinen vielen Forscherfahrten ge- wonnen haben. Aber dabei ist ihm die Erkenntnis gekommen, daß die heutige Geographie ein wichtiges Ziel außer acht läßt, gerade jenes Ziel, das allen Menschen verständlich ist und das, gelehrt und nicht gelehrt, als das höchste anzusehen muß; die Schönheit der Natur. Seit den Tagen Humboldts ist kaum ein Werk erschienen, das so tief in die Seele der Natur eintritt.

Knud Rasmussen: In der Heimat des Polarforschers. Die zweite Thule-Expedition 1916/18. Mit 72 einfarbigen und 4 bunten Abbildungen und mit 10 Karten (Leipzig, Brockhaus). — Das größte Geheimnis ist heute noch der Mensch. Wer kann sagen, daß er den Polarforschern, den Eskimo, daß er dessen Heimat, Grönland, wirklich kennt? In die heute noch bestehende bedauerliche Unkenntnis leuchtet das Buch Knud Rasmussens kräftig hinein und verjagt die Schemen alten gelehrten Aberglaubens. Als ein Denkmal unerschütterlicher Tatkraft und unermüder Menschenliebe steht das Werk da und einbringlich lehrt es, daß der Polarforscher auf einer geisti- gen und sittlichen Höhe steht, die nicht scheitern angehen werden darf. Zahlreiche charakteristische einfarbige und bunte Bilder nach Photographien und nach Originalzeichnungen, sowie eine große Zahl Karten unterstützen den Text. Darum ist dieses reichhaltige, padende Werk wie kein anderes geeignet, edle Unterhaltung und reiche Belehrung zu bieten.

Heinrich Ehrhardt, Hammerschläge 70 Jahre deutscher Ar- beiter und Erfinder. (Weipzig 1922, K. F. Koehler.) — Der Gründer der Rheinmetallwerke in Düsseldorf, Erfinder des Preß- u. Ziehverfahrens und des Hochdruckgeschüßes, neben Krupp Deutschlands erster Waffenfabrikant, hat es aus eigener Kraft vom armen thüringischen Schlosserlehrling zum Groß- industriellen gebracht. Darum ist seine selbst-erzählte, anregend- geschriebene Lebensgeschichte, die zugleich einen wertvollen Bei- trag zur Geschichte der Technik der letzten Jahrzehnte bietet, besonders lehrreich.

Alexander Eisenmann: Das große Opernbuch. (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart.) — Der Gang der Handlung von 125 Opern und Musikdramen, die den heutigen Spielplan der deutschen Theater füllen, wird hier knapp, übersichtlich und in lebendiger Form dargestellt. Kurze, biographisch-musikalische Daten charakterisieren aufs treffendste die zahlreichen Kom- positionen. Eisenmanns großes Opernbuch ist für Musikfreunde ein unentbehrlicher Führer zu bestem Verständnis und Kunstgenuß.

Staatsanzeiger.

Zulassung von Buchmählern betr.
Dem in Mannheim, P. 1, 2, wohnhaften Kaufmann Fried- rich Boffert wurde, vorbehaltlich jederzeitigen Widerrufs, für die Zeit bis zum 31. Dezember 1923 die Erlaubnis erteilt, inner- halb der Stadt Mannheim, sowie anlässlich der vom Badischen Kennverein veranstalteten Rennen auf der Mannheimer Rennbahn gewerbsmäßig Wettten bei öffentlichen Leistungsprü- fungen für Pferde abzuschießen oder zu vermitteln.

Karlsruhe, den 2. Dezember 1923.
Bad. Ministerium des Innern.
J. V. Leers. Spann.

Bekanntmachung.
Bahnbau Titisee—St. Blasien, hier Enteiung eines Grund- stükes auf Gemarkung Bietfelder.

Durch Entschließung des Herrn Reichsverkehrsministers vom 21. November 1922 E.O. 3 ist ausgesprochen worden, daß das zur Herstellung eines Nebengleises bei Profil 10 + 40 der Reichsbahnlinie Titisee—Seeburg erforderliche Teilgrundstück Nr. 44/7 der Gemarkung Bietfelder im Inhalte von 7 a 24 qm nach Maßgabe der in der Tagfahrt vom 17. Juli 1922 offen- gelegten Pläne und Grundverzeichnisse sowie der über diese Tagfahrt gefertigten Niederschrift an das Deutsche Reich (Reichseisenbahndirektion), betreten durch die Reichsbahndirektion Karlsruhe, gegen vorherige Entschädigung zu Eigentum ab- zutreten ist.

Karlsruhe, den 4. Dezember 1923.
Bad. Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
J. A. Arnspurger. Spann.

Personeller Teil.

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern.
Ernannt:
Kanzleisekretär Heinrich Schienbein beim Bezirksamt Heidel- berg zum Verwaltungsschafften.
Zuruücksetzt auf Ansuchen:
Gef. Rat Ernst Müller, Generalsekretär des badischen Frauenvereins.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.
Ernannt:
Obersekretär Karl Kunze beim Landesfinanzamt Karls- ruhe zum Finanzobersekretär bei der Technischen Hochschule Karlsruhe.

Arbeitsministerium.
Ernannt:
Oberregierungsrat Julius Jung zum Präsidenten der Lan- desversicherungsanstalt Baden, Oberregierungsrat Karl Kauf- zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Vorstandes der Lan- desversicherungsanstalt Baden.

Ministerium der Finanzen.
Ernannt:
Finanzassistent Theodor Haas bei der Landeshauptkasse zum Finanzsekretär.

Das
passende
Weihnachtsgeschenk
finden Sie im B24
Confektionshaus Hirschen G. m. b. H.
Herren-, Knaben- u. Berufskleidung, Wäsche
Kaiserstr. 95

Geschenkliteratur

Kalendergeschichten. Erzählungen aus dem badischen Volksleben. Von Heinrich Bürttenberger. Mit Illustrationen von Curt Viehich. Grundpreis M. 1.— brosch., M. 2.— geb. Inhalt: Der Bekker. — Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. — Michels Braut- fahrt. — Der Festredner. — Angersbad und die Angersbacher. — Wo ist die Segge? — Es ist nichts so fein gesponnen. — Der Herr Jakob Reiter. — Durch die Vorhebung gerettet.

Der Kraichgau. Von Dr. Friedrich Mey. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. Mit vielen Abbildungen. Grundpreis brosch. M. 3.—, in Pappband M. 3.50, Halbleinen M. 4.—.

Die angegebenen Grundpreise sind mit der vom Börsenverein der deutschen Buch- händler von Zeit zu Zeit veröffentlichten Preissteigerung — Anfang Dezember 1922 400 — zu veranschlagen, um den heutigen Papiermarkpreis zu ergeben.

G. Braun, Verlag, Karlsruhe i. B., Karlsruherstr. 14.

Vorteilhafte Weihnachts-Geschenke!

Damen- Herren- Kinder- **Stiefel** in bekannt guten Qualitäten
Warme Haus- und Straßen-Schuhe
Schuhhaus Stern
Karlsruherstr. 22 — Rondellplatz

Verfertigung von Kartoffeln zu Branntwein
betreffend.
Die Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 29. September 1921, die die Verarbeitung von Kartoffeln zu Branntwein grund- sätzlich verbietet, gilt auch für das laufende Wirt- schaftsjahr. Die Einhaltung dieses Verbotes, das an- sichts unserer Ernährungslage dringend notwendig ist, wird streng überwacht werden. D. 133
Karlsruhe, den 27. November 1922. D. 3.161
Bezirksamt.

Verfertigung von Kartoffeln zu Branntwein
betreffend.
Büro Luisenstr. 2 Zimmer Nr. 9 zur Einsicht. Dort auch Abgabe der Angebots- bordrücke. Angebote ver- schlossen mit entsprechender Aufschrift bis Don- nerstag, den 28. Dezember 1922, vorm. 11 Uhr, dem Zeitpunkt der Eröffnung, postfrei an uns einzurei- chen. Zuschlagsfrist 3 Wo- chen. D. 155
Forzheim, 6. Dez. 1922
Bahnbaupolizei.